

II-4035 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2073 /J

1991 -12- 03

ANFRAGE

der Abgeordneten Ing. Schwärzler
und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Meinungsumfragen für parteipolitische Zwecke, deren
Kosten aus Steuermitteln getragen werden

Sozialminister Hesoun hat das IFES-Institut beauftragt, in Form
einer groß angelegten Untersuchung die Meinungen der
Österreicherinnen und Österreicher sowie von großen
Industrieunternehmern zur Frage der Privatisierung der
Arbeitsmarktverwaltung zu erheben. Die Kosten dieser
Meinungsumfrage, deren Ergebnis der Sozialminister anscheinend
für seine parteipolitische Argumentation als Unterlage
benötigt, soll das Sozialministerium aus Steuermitteln bezahlen.

Anlässlich dieses neuerlichen Falls der Verwendung von
Steuermitteln für parteipolitische Zwecke, stellen die
unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit
und Soziales folgende

Anfrage:

1. Wie lautet der Auftrag, den das Sozialministerium an das IFES-Institut im Zusammenhang mit der Privatisierung der Arbeitsmarktverwaltung gegeben hat, im einzelnen?
2. Welchen Auftragsumfang hat dieser Auftrag und wie hoch werden die Kosten dafür sein?
3. Haben Sie diesen Auftrag öffentlich ausgeschrieben?
4. Wenn ja, wie stellte sich das Ergebnis der Ausschreibung im einzelnen dar und wer war der Bestbieter?

-2-

5. Falls IFES der Bestbieter war, worauf gründete sich diese Beurteilung?
6. Falls IFES nicht des Bestbieter war, wieso wurde IFES dann beauftragt?
7. Falls Sie diesen Auftrag nicht öffentlich ausgeschrieben haben, wieso haben sie von einer öffentliche Ausschreibung Abstand genommen?
8. Für welche Zwecke benötigen Sie die Ergebnisse einer derartigen Meinungsumfrage?
9. Falls Sie die Ergebnisse für politische Schlußfolgerungen benötigen, wieso hat dann nicht die SPÖ, sondern das Sozialministerium diesen Auftrag vergeben?
10. Wie rechtfertigen Sie die Verwendung von Steuermitteln für Untersuchungen, deren Ergebnis Ihnen bei der parteipolitischen Einschätzung der Privatisierung der Arbeitsmarktverwaltung dienlich sein soll?
11. Stimmt es, daß von 1.000 befragten Unternehmungen nur vier Unternehmungen die Tätigkeit der Arbeitmarktverwaltung als positiv bezeichneten?
12. Sind die bereit, die einzelnen Fragen dieser Meinungsumfrage den anfragestellenden Abgeordneten zur Verfügung zu stellen?
13. Wenn ja, wie lauten diese?
14. Wenn nein, warum nicht?